

Statement

Reimann: Vorschlag einer „Eintrittsgebühr“ für Arzt- und Klinikbesuche geht in die völlig falsche Richtung

Berlin, 22. Februar 2023

Den Vorstoß des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Bernd Raffelhüschen, nach dem gesetzlich Krankenversicherte zur Finanzierung des Gesundheitswesens jährlich bis zu 2.000 Euro Selbstbeteiligung zahlen sollten, kommentiert Dr. Carola Reimann, Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbands, wie folgt:

„Die Idee von Herrn Prof. Raffelhüschen, zusätzlich zu den Beiträgen eine Art Eintrittsgebühr für Arzt- und Klinikbesuche in Höhe von bis zu 2000 Euro zu erheben, lehnen wir ab. Die Erfahrungen mit der quartalsweisen Praxisgebühr von 10 Euro haben gezeigt, dass gerade einkommensschwache Menschen durch solche Maßnahmen von notwendigen Arztbesuchen abgehalten werden. Das kann dazu führen, dass notwendige medizinische Maßnahmen zu spät eingeleitet werden und dadurch wiederum Folgekosten für die Solidargemeinschaft entstehen.“

Vor allem unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit und vor dem Hintergrund der ohnehin gestiegenen Belastungen der Versicherten gehen solche Vorschläge in die völlig falsche Richtung. Statt Patienten und Beitragszahlende finanziell noch stärker zu belasten, sollte man dafür sorgen, dass bei den Ausgaben wieder stärker auf Wirtschaftlichkeit und Nutzen geachtet wird. In den letzten Jahren hat man die Ausgabensteigerungen im Gesundheitswesen ohne Rücksicht auf die Einnahmenseite laufen lassen, um die ständigen neuen Forderungen von Ärzten, Krankenhäusern, Apotheken oder Pharmaindustrie zu bedienen. In schwierigen Zeiten müssen jetzt alle ihren Beitrag zu Sicherung der finanziellen Stabilität der GKV leisten. Denn von einer leistungsfähigen und finanziell solide aufgestellten GKV profitieren alle.“